



Polizisten bei Einsatz im Hambacher Forst

LARS BERG / DER SPIEGEL

Gutachten

Zweifel am Braunkohlebedarf von RWE

Grüne und Umweltverbände fordern vor der Großdemo unverzüglichen Stopp der Rodungen.

● Wenige Tage bevor die umstrittene Rodung des Hambacher Forstes durch den Energieriesen RWE beginnen soll, hat die Bundestagsfraktion der Grünen ein Gutachten vorgelegt, das den Sinn der geplanten Abholzung grundsätzlich infrage stellt. Die Wissenschaftler haben berechnet, dass RWE für den Betrieb seiner Braunkohlekraftwerke nur noch rund 700 Millionen Tonnen Braunkohle benötigt – selbst wenn die letzten RWE-Kraftwerke erst im Jahr 2040 stillgelegt werden. Das ist weniger als ein Drittel der Menge, die RWE nach dem Rahmenbetriebsplan, den die NRW-Landesregierung genehmigt hat, tatsächlich abbauen darf und will – insgesamt 2,3 Milliarden Tonnen. »Die Behauptung, dass die Kohle unter dem Hambacher Wald dringend gebraucht wird, hält der Realität damit schon jetzt nicht mehr stand«, sagt Grünen-Energieexperte Oliver Krischer. Noch gravierender falle das

Missverhältnis aus, wenn der Kohleausstieg, wie von den Grünen gefordert, auf das Jahr 2035 oder 2030 vorgezogen werde. Dann wären nur 436 Millionen Tonnen notwendig. Die Landesregierung und RWE müssten die Rodung deshalb stoppen und die Tagebaue drastisch verkleinern, fordern die Grünen zwei Tage vor einer Großdemo von Umwelt- und Klimaschützern im Braunkohlerevier. Das Gutachten des Saarbrücker Instituts für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme basiert auf Ausstiegsszenarien, wie sie auch in der Kohlekommission der Bundesregierung diskutiert werden. Danach würden die drei modernsten RWE-Braunkohlekraftwerke noch bis zum Jahr 2040 am Netz bleiben. Ältere Meiler sollen in mehreren Schritten (2020 und 2025) abgeschaltet oder in eine Sicherheitsreserve überführt werden. Selbst diese Variante wird von RWE bislang abgelehnt. FDO

Einzelhandel

Unsinnige Vorgaben

● Die deutschen Einzelhändler klagen über hohe Kosten durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Der mittelständische Handel habe rund 630 Millionen Euro investieren müssen, um die Vorgaben umzusetzen, ergab eine Umfrage des Branchenvereins Handelsverband

Deutschland (HDE) bei 483 Unternehmen. 40 Prozent der befragten Firmen haben angeblich sogar ihre digitalen Aktivitäten eingeschränkt. Ein solcher Rückzug aus dem Digitalen könnte wegen der Bedrohung des stationären Handels durch Onlinehändler fatal sein. »Die Verunsicherung und die Komplexität der Verordnung erschweren es dem mittelständischen Handel, die Digitali-

sierung für sich zu nutzen«, sagt HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Die DSGVO schreibt etwa vor, dass Kunden darüber zu informieren sind, zu welchem Zweck ihre Daten verarbeitet werden. Der HDE hält das in manchen Fällen für unsinnig. Gehe es etwa nur darum, einen Vertrag abzuwickeln oder ein Kontaktformular auf einer Website zu nutzen, sei der Zweck ja klar, findet der HDE. MUM